

meine Partei, die CDU, bekennt sich zur repräsentativen Demokratie, in der politische Führung und demokratische Verantwortung wirksam miteinander verbunden werden. Repräsentative Demokratie schließt allerdings auch Elemente unmittelbarer Demokratie nicht aus. Im Grundsatzprogramm der CDU von 2007 sind diese Prinzipien deutlich herausgestellt.

Auf Landes- und Kommunalebene, wo es um Problemlösungen vor Ort geht, kann die Stimme des Bürgers auf vielfältige Weise Gehör finden, etwa bei Befragungen sowie durch Bürgerinitiativen und Bürgerentscheide. In Thüringen sind Referenden durch Art. 81 und 82 der Landesverfassung und §§ 19 - 27 des Gesetzes über Verfahren beim Bürgerantrag, Volksbegehren und Volksentscheid geregelt.

Auf Bundesebene jedoch, könnten Volksentscheide oder ähnliche Verfahren den komplexen Fragen unserer Gesellschaft kaum gerecht werden. Volksentscheide können nur einfache "Ja"- oder "Nein"-Antworten anbieten. Die Gesetzgebung ist oftmals aber sehr vielschichtig und muss eine kaum überschaubare Vernetzung mit anderen Regelungsbereichen berücksichtigen. Um hier zu zufriedenstellenden Antworten zu gelangen, wird im Deutschen Bundestag auf dem Wege der Gesetzgebung ein Verfahren angewandt, das ein hohes Maß thematischer Tiefe und Flexibilität erlaubt: Durch drei Lesungen, Ausschussberatungen, Sachverständigenanhörungen und Berichterstattegespräche wird eine ausgewogene und faire Gesetzesfindung sichergestellt. Bei jedem Schritt ist durch die Teilnahme von Koalition und Opposition eine breite Meinungsbildung gesichert.

Ein Verfahren Volksentscheid hier einzuführen, würde bedeuten, 80 Millionen Deutsche umfassend mit den jeweiligen Vor- und Nachteilen sowie den Details und Folgen in aller Ausführlichkeit vertraut zu machen. So etwas praktiziert der Bundestag bereits: Unsere Enquete-Kommissionen tun dies auf jeweils mehreren tausend Seiten, die für die Wissenschaft, doch selten für eine Handvoll Bürger interessant sind. Oder sollen eine Woche lang alle Fernsehsender Reportagen und Diskussionen zu den zur Abstimmung stehenden Themen ausstrahlen? Und wer will sicher stellen, dass die Informationen neutral und nicht meinungsbildend erfolgen? Ich gebe jedem zu bedenken: Lobby- und Interessengruppen werden massiv Mittel einsetzen, um Meinungen zu bilden, was Bürgerinitiativen nicht leisten können. Dies ginge zu Lasten von Betroffenen und Schwachen in unserem Lande.

Letztlich würde ein solches Verfahren auch erhebliche Zeit in Anspruch nehmen. Zeit, die wir bei Fragen wie dem Einsatz der Bundeswehr im Ausland oder bei der Euro-Rettung vielleicht gar nicht hätten.

Kennen Sie die Verfahren der Abstimmung von Gesetzesvorhaben sowie der Abstimmung von Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat? Gerade bei Besuchergruppen oder bei jungen Menschen, die z. B. an "Jugend und Parlament" teilgenommen haben, bemerke ich immer wieder ein Staunen, wie ausführlich, wie ernsthaft und wie austariert die Entscheidungsfindungen hier im Parlament ablaufen. Die Väter des Grundgesetzes haben die Macht geteilt und verteilt. So ist seit

mehr als 60 Jahren sicher gestellt, dass Bedürfnisse und Erwartungen aus der Bevölkerung mit den Anforderungen an unsere Gesellschaft und dem Allgemeinwohl ausgewogen bleiben.

Es gilt, für dieses "lernende Verfahren" Änderungen und Anpassungen zu berücksichtigen. Meine Devise lautet daher: Bürger früher und umfassender informieren und mitnehmen, aber entscheiden werden auch weiterhin die Parlamente. Ich halte das seit vielen Jahren so. Mein Newsletter "BERLIN TICKER" informiert in jeder Sitzungswoche ausführlich über anstehende Entscheidungen des Parlaments. Darf ich fragen, wie oft Sie ihn in den letzten 14 Jahren gelesen haben?

Haben Sie sich einmal den Sitzungsplan einer Bundestagswoche angesehen? Bei den mehr als 100 Themen pro Woche spiegelt sich das Leben im Lande wider. Ich behaupte, es gibt kein Thema in der Bevölkerung, das nicht im Bundestag debattiert wird. Alle Stimmungen und Themen finden eine Entsprechung. Es greift also auch nicht, dass nur die Bürger selbst ihre eigenen Themen vorbringen können - denn das gibt es bereits heute!

Demokratie ist Verantwortung auf Zeit. Und diese Zeit bemisst sich nach Wahlperioden. In der Regel wird an Wahltagen Bilanz gezogen: Was hat es gebracht, was können wir noch erwarten? Bei Fehlentscheidungen oder Fehlverhalten werden Politiker auf die Oppositionsbänke oder in die Wüste geschickt. Wenn die Politiker es in den Augen der Wähler aber gut gemacht haben, erhalten sie erneut Vertrauen.

Gegen Volksentscheide auf der Bundesebene sprechen gute Argumente.

Trotzdem vielen Dank für Ihr Mail.

Mit freundlichen Grüßen

Manfred Grund

--

Manfred Grund

Mitglied des Deutschen Bundestages

Parlamentarischer Geschäftsführer und

Vorsitzender der Landesgruppe Thüringen der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

